

Frau in der Wirtschaft: Politik ist beim Ausbau von Kinderbetreuungsplätzen gefordert

Utl.: Moretti: Unternehmerinnen von mangelhafter
Kinderbetreuungssituation besonders betroffen =

Wien (OTS/PWK120) - "Der beschleunigte Ausbau der Kinderbetreuungsangebote ist ein wesentlicher und dringend notwendiger Schritt, um Österreichs Familien die gute Vereinbarkeit von Beruf und Kindern zu ermöglichen", bekräftigt Adelheid Moretti, Bundesvorsitzende von Frau in der Wirtschaft (FiW), die langjährige Forderung der Unternehmerinnenvertretung in der Wirtschaftskammer Österreich (WKÖ). Vor allem bei den Betreuungsangeboten für unter 3-jährige Kinder hinken man den Barcelona-Zielen der EU, denen sich Österreich 2002 verpflichtet hat, immer noch deutlich nach.

Für die Vertreterin der über 130.000 Unternehmerinnen in Österreich ist das Thema Vereinbarkeit von Familie und Beruf schon lange keine reine 'Frauenangelegenheit' mehr, "sondern eine wesentliche gesellschaftspolitische Herausforderung, die uns alle angeht". Wenn Betriebe Kinderbetreuung anbieten wollen und können, sei dies begrüßenswert und gut und solle, etwa steuerlich, gefördert werden. Gefordert sei hier aber ganz klar die Politik - konkret die Länder, in deren Zuständigkeit die Kinderbetreuung in Österreich liege, unterstreicht Moretti: "Ich bin strikt dagegen, den Ländern und Gemeinden eine ihrer ureigensten Aufgaben abzunehmen und sie damit aus der Verantwortung zu lassen."

Wie eine aktuelle AK-Umfrage belegt, geht der Großteil der Betriebe durchaus auf die Wünsche von Eltern ein. Demnach gewähren 69 Prozent der Betriebe den gewünschten Urlaub, für 67 Prozent trifft ein kollegiales Klima sehr zu und 64 Prozent der Unternehmen werden als sehr entgegenkommend bezeichnet. Die meisten Eltern haben ihre Wunscharbeitszeit, nur neun Prozent der teilzeitbeschäftigten Frauen und 12 Prozent der vollzeitbeschäftigten Frauen wünschen eine Änderung.

Bei der Forderung nach mehr betrieblicher Kinderbetreuung müsse man allerdings die Struktur der österreichischen Wirtschaft, die hauptsächlich aus kleinen und mittleren Unternehmen (KMU) besteht, im Auge behalten, so Moretti. "Unsere Erfahrung zeigt, dass kleinere

Unternehmen eher kreative Wege, etwa durch Vernetzungen und Partnerschaften, gehen", betont die Unternehmerinnen-Sprecherin, die sich dafür stark macht, dass solche vernetzten kreativen Lösungen, etwa in Form von Cluster-Bildung und kommunalen Partnerschaften, auch von den Gemeinden verstärkt eingesetzt und gefördert werden sollten. Denn nicht jede kleine Gemeinde kann sich eine eigene Kinderbetreuungseinrichtung leisten. Vernetzungsplattformen mit Vertretern der Gemeinden, Unternehmen, bestehenden Betreuungseinrichtungen, Eltern und anderen Akteuren, sehe sie als gute Lösung in diesem Bereich. Der Bund könnte mit einer "Service-Plattform" (Organisation, Logistik, etc.) unterstützend eingreifen.

Die Forderung nach einem Anspruch auf Elternteilzeit für Kleinbetriebe weist Moretti zurück, da diese nicht genügend Spielräume haben: "Wie soll ein kleines Geschäft funktionieren, in dem ein Großteil der Belegschaft nur vormittags arbeiten will? Für die nicht begünstigten Mitarbeiter blieben nur unangenehme Randzeiten." Zudem haben Eltern derzeit schon eine Vielzahl an Freistellungsansprüchen, Schutzinstrumenten und anderen Vorteilen im Arbeitsrecht.

Den Mangel an Betreuungsplätzen bekommen in Österreich nach wie vor zumeist Frauen zu spüren. Dass Vereinbarkeit von Beruf und Familie in Österreich immer noch eine "Frauenangelegenheit" ist, liegt, so Moretti, vor allem an den tief verwurzelten, traditionellen Rollenbildern, die es erst mühsam aufzubrechen gelte. Den dringenden Handlungsbedarf für den raschen und flächendeckenden Ausbau von qualitätsvollen und leistbaren Kinderbetreuungsplätzen, vor allem für unter 3-Jährige, mache auch die demographische Entwicklung hin zu einer alternden Gesellschaft und der dadurch ausgelöste Fachkräftemangel deutlich, erklärt Moretti: "Aus Sicht der Wirtschaft ist es notwendig, das Arbeitskräftepotenzial optimal zu nutzen. Frauen sind ganz klar die Schlüsselarbeitskräfte der Zukunft." Angesichts des Geburtenmangels brauche es zudem Anreize zur Familiengründung. Damit sich das Potential an weiblichen Arbeitskräften voll entfalten kann, müsse die Politik endlich brauchbare Lösungen für Vereinbarkeit von Job und Familie bieten.

"Unternehmerinnen sind übrigens vom Mangel an Kinderbetreuungsplätzen besonders betroffen. Denn einerseits müssen und wollen Unternehmerinnen meist rasch nach der 'Babypause' wieder in ihren Betrieb zurückkehren, andererseits haben sie keine klassischen '9-to-5-Jobs' und sind daher auf ein flexibles

Betreuungssystem angewiesen", so Moretti abschließend. (ES)

~

Rückfragehinweis:

Frau in der Wirtschaft

Mag. Veronika Weinbergmair

Telefon: +43 (0)5 90 900 3042

veronika.weinbergmair@wko.at

Internet: <http://wko.at/unternehmerin>

~

Digitale Pressemappe: <http://www.ots.at/pressemappe/240/aom>

*** OTS-ORIGINALTEXT PRESSEAUSSENDUNG UNTER AUSSCHLIESSLICHER
INHALTLICHER VERANTWORTUNG DES AUSENDERS - WWW.OTS.AT ***

OTS0185 2014-03-03/14:24

031424 Mär 14

Link zur Aussendung:

http://www.ots.at/presseaussendung/OTS_20140303_OTS0185